

II-2838 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

GZ. 10.000/35-Parl/81

Wien, am 18. August 1981

An die
Parlamentsdirektion

1332/AB

Parlament
1017 WIEN

1981-08-31
zu 1315/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1315/J-NR/81, betreffend tendenziöse Unterrichtsbeispiele zur "Politischen Bildung" die die Abgeordneten Dr. SCHÜSSEL und Genossen am 30. Juni 1981 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) und 2)

Die "Unterrichtsbeispiele zur Politischen Bildung" für die allgemeinbildenden Schulen und die "Materialien zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung" für die berufsbildenden Schulen werden im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst von Lehrer-Arbeitsgruppen entwickelt, deren Konstituierung im strengen Einvernehmen mit den im Nationalrat vertretenen politischen Parteien erfolgte und deren Tätigkeit an die beratende Mitwirkung der drei Nationalratsfraktionen gebunden ist. Auf diese Weise ist in maximaler Weise dafür Sorge getragen, daß die bei der Erstellung des Grundsatzerlasses "Politische Bildung in den Schulen" gegebene Konsensgrundlage auch in der schwierigen Phase der Umsetzung in die Praxis durch Unterrichtsbeispiele erhalten bleibt. Politische Bildung soll weder einseitig-doktrinär noch konturlos-unprofiliert vermittelt werden, sondern zu einer demokratischen Auseinandersetzung unter Respektierung der jeweils anderen Standpunkte führen. Die Mitarbeiter an den unterrichtspraktischen Handreichungen haben dieses Ziel bisher nicht nur theoretisch angestrebt, sondern durch die von ihnen entwickelten Beispiele auch die Verwirklichung in der Praxis ermöglicht.

- 2 -

In dem zitierten Unterrichtsbeispiel wurde der überaus schwierige, aber für die Politische Bildung unerlässliche Versuch unternommen, das Thema der Sozialpartnerschaft abzuhandeln. Dabei ist das Bemühen der beiden Autoren unverkennbar, im Sinne des Erlasses "Politische Bildung in den Schulen" nach dem Grundsatz vorzugehen, "daß bei Stellungnahmen und Wertungen stets auch abweichende Meinungen aufgezeigt werden im Hinblick darauf, daß in der Demokratie auch verschiedene Wertvorstellungen und Meinungen nebeneinander bestehen können". Wenn dem Lehrer in diesem Zusammenhang angesichts der Tatsache, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer naturgemäß unterschiedliche Auffassungen zur Preisproblematik haben, eine Darstellung aus der Sicht der Arbeitgeber und eine Darstellung aus der Sicht der Arbeitnehmer angeboten wird, so handelt es sich dabei offenkundig keineswegs um normierte Meinungen, sondern um mögliche Betrachtungsweisen, die der Lehrer ins Spiel bringen kann, wenn es der Verlauf der Diskussion mit den Schülern sinnvoll erscheinen läßt (etwa um denkbare Standpunkte zu markieren). Ich halte die Lehrer für selbständig genug, hier im Sinne des Grundsatzerlasses zu unterrichten.

ad 3)

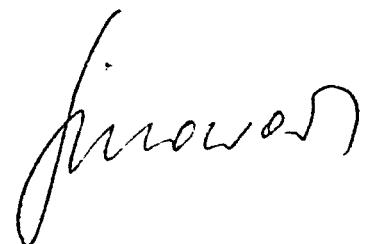
Die Forderung, Experten aus dem Kreis der Sozialpartner den Arbeitsgruppen beizugeben, wurde von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft schon wiederholt gestellt. Ich sehe derzeit für einen derartigen Schritt keine Veranlassung, daß die drei im Parlament vertretenen politischen Parteien hochqualifizierte Lehrer nominiert haben, unter ihnen natürlich auch eine ganze Reihe von Lehrern des Unterrichtsgegenstandes "Geographie und Wirtschaftskunde" und verwandter Unterrichtsgegenstände, die ohne Zweifel die gewünschte Fachkompetenz besitzen.

ad 4)

Aus meinen Ausführungen zu den Punkten 1 und 3 der Anfrage geht hervor, daß ich die Auffassung vertrete, daß die Zentralen Arbeitsgruppen für Politische Bildung auf einem überaus schwierigen Gebiet bisher sehr gute Arbeit geleistet haben.

- 3 -

Meine positive Beurteilung der geleisteten Arbeit stützt sich nicht zuletzt auf die Tatsache, daß bei bisher 14 ausgelieferten Heften (12 für alle Bereiche des allgemeinbildenden Schulwesens und 2 für die Berufsschulen) - d.s. insgesamt an die eintausend Seiten Text! - die Kritik sich in so engen Grenzen hält, wie diese bei einem derartigen Unternehmen, nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre. Selbstverständlich werde ich aber alle eingegangen kritischen Äußerungen den Arbeitsgruppen zuleiten, damit sie in die Überlegungen für die Gestaltung der weiteren Hefte (1981/82 werden es ein Heft für die Berufsschulen und 2 Hefte für das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen sein) einbezogen werden können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "firnows".